

Abonnements

werden bei allen Schweizerischen Verlagsanstalten, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrespreis von: Fr. 2.— für die Schweiz (Kontant) Fr. 2.— für Deutschland (Kontant) Fr. 1.70 für Österreich (Kontant) Fr. 2.30 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kontant).

Inserate

die dreispaltige Petitzeile 25 Gs. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Volkswirtschaftlichen Buchhandlung Göttingen-Zürich. Postsendungen franco gegen franko. Gewöhnliche Belege nach der Schweiz kosten Doppelporto.

N. 39.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel sollte man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhafte Fällen eingeschrieben.

22. September 1886.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Für die Opfer des Freiburger Justizmordes

gingen ferner bei uns:

F. J. Nr. 37 60 gesammelt. K. B. Cassel 2 60. K. B. B. Gur Prohmann Davosplatz, bei Zusammenkunft in Krosa gef. (Fr. 7 50) 6.—. Von J. Vollenkämper in New Haven (20 Doll.) 81.—. Von einem zu lebenslänglicher Haft verurteilten 5.—. Fortf. R. 2. 200.—. Dögl. Sommerfeld 5.—. K. u. B. in Währ. (Fr. 20.—) 16.—. P. G. Bukarest (119 95) 95 96. Zürich, Ueberfuß v. d. Singer'schen Schützenvereinsversammlung (50.—) 40.—. Dr. R. U. G. (Dögl. 8 30) 14 08. B. c. B. in Cottbus 25.—. Von unserem jüngsten Berliner Schwimmschwimmer 1 60. P. G. Rostock 15.—. Nr. 12321 (20.—) 16.— u. 16.—. P. Bukarest (80.—) 64.—. Allg. Arb. Ver. Chaugdefonds (10.—) 8.—.

In Nr. 33 quittiert Nr. 8974 — „ 39 „ 632 84

Zusammen: Nr. 4006 84.

Unsere in- und ausländischen Brief- & Kreuzband-Abonnenten zur Nachricht.

Alle Einzelabonnements bei uns, welche vor Ablauf September nicht erneuert sind, werden mit 1. Oktober gesperrt. Bei Bestellung durch Vertrauensleute erneuert man dieselben dort gleichfalls vor diesem Termin.

Alle direkten und indirekten Briefsendungen sind vorauszahlbar.

Durch Paketbesitzer bei uns angewiesene Briefexemplare liefern und belasten wir für nächstes Quartal auf deren Konto weiter, wenn Abbestellung nicht vor Anfang Oktober erfolgt.

Einzelbesüßern wird kein Konto eröffnet!

Abonnements für die Schweiz werden mit Nummer 40 nachgenommen, sofern Einzahlung des Abonnementsgeldes nicht zuvor erfolgt.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Von jenseits des Ozeans.

In immer höherem Grade nimmt die amerikanische Arbeiterbewegung, wie die soziale Entwicklung Amerikas überhaupt, unser Interesse in Anspruch. Amerika ist das klassische Land des „freien Bürgerthums“ im modernen Sinne des Wortes. Uneingeschränkt durch die Reste früherer Gesellschaftszustände, durch den umerwünschten natürlichen Reichtum des Landes unterstützt, hat sich dasselbe dort in einer Weise entfalten können, wie bisher in keinem anderen Lande. Großartig sind die Leistungen, die es vollbracht, keine Aufgabe schien so groß, daß die unternehmenden Hankes vor ihr zurückgeschreckt wären. Vier Eisenbahnlinien verbinden heute die pazifische mit der atlantischen Küste, und so stark ist die Rückwirkung des Ganges der amerikanischen Industrie auf das alte Europa, daß das Marx'sche Wort, der atlantische Ozean werde bald die Rolle eines Binnenmeeres spielen, wie früher das mittelländische Meer, bereits wörtlich in Erfüllung gegangen ist.

Großartig wie das Bürgerthum entwickelt sich drüben aber auch das Proletariat, sein geschichtlich notwendiges Produkt, und großartig auch der Klassenkampf zwischen diesen beiden Gesellschaftselementen. Die relative Ursprünglichkeit der Verhältnisse hat ihn vielleicht noch nicht jene ausgeprägte, grundsätzliche Form annehmen lassen wie im alten Europa, es gährt und drängt noch chaotisch durcheinander, dafür aber sehen wir auch drüben viel gewaltigere Massen sich auf dem Kampfsplatz zeigen, als die, mit denen wir diesseits zu rechnen gewohnt sind.

Seit einer Reihe von Jahren pflegen die zentralisirten Lokalverbände der organisirten Arbeiter der größeren Städte Amerikas zu Beginn des Herbstes Paraden zu veranstalten, in denen sie Heerschau halten über die Zahl der Angehörigen, sich und den Gegnern ihre Macht vor Augen führen. Die diesjährigen Paraden fanden am 6. September statt, und aus den Berichten, die uns darüber vorliegen, geht hervor, daß sie großartiger waren als je. In New York marschirten gegen 40,000 Mann, in den Nachbarstädten Newyork Newark und Brooklyn zusammen gegen 30,000 im Zug der Arbeiter, Chicago bot 35,000 Mann auf, Baltimore 18,000, Boston 15,000 und kleinere Städte im Verhältnis.

Eine Schilderung der Aufzüge, eine Aufzählung der Gewerke, die an ihnen theilnahmen, ihrer Embleme und Singsprüche, der gehaltenen Reden etc. zu geben, müssen wir uns leider bei dem knapp bemessenen Raum unseres Blattes versagen. In New-York gestaltete sich die Parade zugleich zu einer Demon-

stration für die Kandidatur Henry Georges zum Bürgermeister (Mayor) von New-York.

Wie wir bereits gemeldet, hat sich unter den organisirten Arbeitern Amerikas neuerdings stark das Bestreben geltend gemacht, auch im politischen Kampfe selbständig aufzutreten, anstatt, wie bisher, als Schwanz derjenigen politischen Partei zu fungiren, die ihnen am meisten versprach, eine Taktik, bei der hier und da, was man sich nicht zu verheimlichen braucht, allerdings manche Zugeständnisse und Vortheile erlangt wurden. Das bringt das allgemeine Stimmrecht mit sich. Natürlich wird dadurch das selbständige Auftreten der Arbeiter als Klasse keineswegs überflüssig, sondern im Gegentheil erst recht notwendig gemacht, da die Schwanzpolitik erfahrungsgemäß zur schlimmsten Korruption führt, sowie die verderblichsten Illusionen großzieht. Und so haben wir alle Ursache, die neue Wendung der Dinge freudig zu begrüßen.

In New-York hat nun die Konferenz der für selbständige politische Aktion eintretenden Arbeiter-Organisationen Henry George, den bekannten Verfasser von „Fortschritt und Armut“, „Soziale Probleme“ etc., die Kandidatur für das Bürgermeisteramt von New-York angetragen, und dieser hat sich unter der Bedingung dazu bereit erklärt, daß ihm vorher die Unterschriften von 30,000 Stimmberechtigten vorgelegt würden, die sich mit seiner Kandidatur einverstanden erklären. In seinem Schreiben an die Kommission begründet er seine Forderung u. A. folgendermaßen:

„Außerhalb der Reihen der organisirten Partei gibt es Tausende und Tausende, welche der Korruption und Maschinen-Politik herzlich müde sind, und welche einer prinzipiellen Bewegung, die Aussicht auf Erfolg bietet, gern beitreten würden, aber ohne daß Aussicht auf Erfolg, könnte eine unabhängige Bewegung nicht einmal die Stimmen dieser vereinigten, welche ihr wohl wollen. Die Mehrheit der Menschen werden, trotzdem sie seiner Nomination wohlwollend gegenüber treten, nicht für einen dritten Kandidaten stimmen, dessen Erwählung ihnen hoffnungslos erscheint. Darum muß eine politische Bewegung, wie Sie dieselbe im Sinne haben, gleich im Anfang die Kraft entfalten, welche ihr eine Aussicht auf Erfolg an den Stimmläusen verleiht.“

Aus diesem Grunde scheint es mir, daß die einzige Bedingung, unter welcher es mir wäre, mich in einer Arbeiter-Konvention als Mayor zu nominiren, oder unter welcher ich mich berechtigt fühlte, eine derartige Nomination anzunehmen, die sein würde, daß zum mindesten dreißigtausend Bürger ihrer Namensunterschrift den Wunsch ausdrücken, daß ich ein Kandidat werden sollte, und sich verpflichten, an die Stimmläusen zu gehen und für mich zu stimmen. Dies gäbe eine Garantie, daß es kein Fehlschlag wäre, und ein Mandat, welches ich nicht zurückzuweisen berechtigt wäre. Unter dieser Bedingung würde ich die Nomination, im Falle mir dieselbe angeboten würde, akzeptiren.“

Ich weiß, daß eine solche Bedingung eine ungewöhnliche ist, aber etwas Ungewöhnliches ist nöthig, um das gewohnheitsmäßige Mißtrauen und die Berachtung, mit welcher Arbeiter-Nominationen bisher betrachtet wurden, in das Vertrauen zu verwandeln, welches zu einem Erfolge nöthig ist. Es ist vielleicht schwerer, diese dreißigtausend Unterschriften aufzutreiben, als vermittelst des Vertrauens, welches dieselben erwecken würden, das Mehrfache dieser Zahl an den Stimmläusen; aber wenn nicht in der Bewegung Ernst genug ist, dies zu thun, ist es unnütz, sich mit der Arbeit zu befassen.“

In ausgesprochen sozialistischen Kreisen hat die Forderung einen etwas peinlichen Eindruck gemacht, und sie zeigt zweifelsohne von einem großen Mangel an jenem Idealismus, den man von dem Vertreter einer großen Sache zu erwarten berechtigt ist. Kannatt unbestimmt um den etwaigen Erfolg seine Person der Sache zur Verfügung zu stellen, verlangt George gewissermaßen den Erfolg vorher schwarz auf weiß besiegelt. Von dieser persönlichen Seite der Frage abgesehen, d. h. als Vorschlag nicht als Bedingung, hat jedoch die vorherige Unterschriftenjammung unfeugbar viel für sich. Die Erfahrung hat nun einmal gezeigt, daß eine Partei, die nicht von vornherein mit großer Kraft auftritt, von den beiden alten Parteien von vornherein erdrückt wird, denn der amerikanische Wähler glaubt seine Stimme wegzuworfen, wenn er nicht mittels ihrer ein unmittelbares Resultat erzielen kann. Dies mögen wohl auch die Gründe gewesen sein, weshalb die George'sche Bedingung von der Kommission akzeptirt wurde. Die Unterschriftenjammung hat begonnen, und zwar gleich von vornherein mit solchem Erfolge, daß an ein Aufbringen der von Henry George gewünschten Zahl kaum mehr ein Zweifel besteht, ja man spricht bereits davon, daß die Kommission 50,000 Unterschriften zusammenzubringen gedenkt.

Henry George ist kein Sozialist in unserem Sinne, und seine Kandidatur ist keine sozialistische. Aber sie ist eine Klassenkandidatur der kämpfenden Arbeiterschaft, und als solche für den Gang der Entwicklung unzweifelhaft von großer Bedeutung. Als Kandidat der Arbeiterschaft wurde denn auch Henry George am 6. September von den im Zuge marschirenden Arbeitern demonstrativ begrüßt. Und daß die Kandidatur George's diesen Charakter behält, daß es den Intriguen der schlaunen gewerbmäßigen Politiker nicht gelingen wird, durch scheinbares Entgegenkommen der Bewegung von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen, dafür Sorge zu tragen, werden sich unsre ernsten Parteigenossen angelegen sein lassen.

Sie sind und bleiben der bewußte Kern der Bewegung, das treibende, und zwar unentwegt vorwärts treibende Element derselben, wenn sie auch, was bei dem ungleichen Zahlenverhältnis kein Wunder, nicht immer gerade die Führenden sind. Haben sie deshalb auch manche Ursache zur berechtigten Kritik, so haben sie doch die Genugthuung, daß die Sache

marshirt, und zwar marshirt in der Richtung zur Sozialdemokratie, zum Sozialismus.

Die Agitationstour unserer Genossen Liebkecht und Edward und Eleanor Aveling wird dazu sicher ein gutes Stück beitragen.

Soweit war dieser Artikel geschrieben, als die nachstehenden zwei Telegramme bei uns eintiefen. (Das erste bezieht sich auf die zu Ehren unserer Genossen veranstaltete Begrüßungsfeier, das zweite auf die für den Tag darauf angelegte Massenversammlung, in der sie als Redner auftraten.)

I.

Newyork, 20 September.

Redaktion Sozialdemokrat Zürich.

Ueber Erwarten günstiger Erfolg. Eintracht und Begeisterung. Gestrige Feier Union-Part großartig. Fünfzehntausend Theilnehmer.

Rosenberg.

II.

Newyork, 21. September.

Sozialdemokrat Zürich.

Sozialistische Massenversammlung von 10,000 Personen beschloß: Diese im Cooper-Institut tagende Versammlung erklärt ihr volles Einverständnis mit den von den heutigen Rednern so berechtigt dargelegten Prinzipien und sendet ihren sympathischen Gruß der deutschen sozialdemokratischen Partei und der englischen sozialistischen Liga, die uns ihre hochbegabten Vertreter geschickt, um die großen Prinzipien des Sozialismus den Arbeitern Amerikas zu verkünden.

Rosenberg.

Wir sind überzeugt, daß diese überaus erfreulichen Meldungen bei den Genossen allerorts die gleiche Begeisterung hervorrufen werden, die uns veranlaßt hat, unsere Betrachtungen nun erst recht mit den Worten zu schließen:

Hurrah, es geht vorwärts!
Hoß die Sozialdemokratie!

Der sozialdemokratische Unteroffizier

oder

Der Militärstaat am Ende seines Latein.

Es hat also mit dem von uns in Nr. 38 unseres Blattes getheilten Puttkamer'schen Erlaß gegen das Einbringen der Sozialdemokratie in das — Unteroffizierkorps seine Richtigkeit. Bisher ist trotz aller Anpassungen noch keine Stimme laut geworden, unsere Mittheilungen zügel zu kröpfen, wohl aber haben offizielle Hebern das Vorhandensein der Erlasse dadurch für Jeden, der lesen kann, bestätigt, daß sie dieselben indirekt zu verteidigen suchten.

So heißt es in der in voriger Nummer erwähnten Berliner Korrespondenz der Münchener „Allgem. Ztg.“:

„Berlin. Der Züricher „Sozialdemokrat“ hat kürzlich von zwei Verfügungen des preussischen Ministers des Innern berichtet, welche von den Unterbehörden ein wachsameres Auge über die Bestrebungen verlangen, die sozialdemokratische Agitation in die Arme hineinzutragen. Die Erlasse sollen sich auf die Wahrnehmung stützen, daß die Leiter der sozialdemokratischen Agitation ihren Einfluß für eine gute Führung ihres jungen, zur Fahne einberufenen Anhangs ausbieten, damit das Heer mit recht vielen sozialdemokratischen Unteroffizieren besetzt werde, auf die in Zeiten des gewaltigen Umsturzes zu rechnen wäre. Verschiedene Organe sind der Meinung, daß die Richtigkeit der Mittheilung des „Sozialdemokrat“ aus inneren Gründen anzuzweifeln sei; uns will dagegen scheinen, daß eine starke innere Wahrscheinlichkeit für sie spricht. Die Voraussetzung für die erwähnten Erlasse trifft vollkommen zu; das Züricher Blatt unternimmt nicht einmal den Versuch, die Einbeziehung der Dienstpflichtigen und des Heeres in den Kreis der sozialdemokratischen Agitation zu leugnen. Außerdem ist doch die letztere bei verschiedenen Gelegenheiten schon ganz offenkundig geworden, und soeben hat ein Leipziger Staatsanwalt 1000 R. Belohnung auf die Ermittelung des Verfassers, Druckers und Verbreiters eines als Flugblatt erschienenen Marschbroschüre für die Soldaten gesetzt. Daß der junge Anhang das von den Führern gewünschte äußerliche Wohlverhalten zuweilen vernachlässigt, ist ebenfalls bekannt, und was wolle wie der Spremberger sind zwar gegen die Instruktionen der ersteren, benehmen aber nichtbedenklicher, daß in der That eine besondere Wachsamkeit geboten ist, um das Heer rein von sozialdemokratischen Unteroffizieren zu halten. Da die Fachvereine von Werbebureau immer mehr zu Exzerzierplätzen geworden sind, in denen sozialdemokratische Rekruten gebildet werden, so ist auch die Vermuthung gerechtfertigt, daß sie die gewünschte Einwirkung auf die Dienstpflichtigen ausüben haben. Wenn dem Minister des Innern bekannt geworden ist, was der „Sozialdemokrat“ schon lange weiß und was ihm selbstverständlich gilt, so wären Verfügungen des angegebenen Inhalts weder verwunderlich noch tadelnswerth.“

Gut geputtkamert, Offiziosus. Aus jeder Zeile guckt der gelehrige Schüler des Jugendministers hervor. Dieselbe sabenscheinige Dialektik und derselbe Hang zum Verdächtigen. Weil der „Sozialdemokrat“ irgend eine geniale Entdeckung nicht des Widerlegens werth befunden, sondern sich damit begnügt hat, die Entdeckung zu verhöhnen, so ist damit bewiesen, daß die Entdeckung richtig ist. Und weil der Jugendminister die Fachvereine nicht lieben kann, so sind sie zu „Exzerzierplätzen geworden“, in denen sozialdemokratische Rekruten gebildet werden, und müssen daher überwacht werden. Das ist eine Logik, die jede Diskussion abknebelt.

Nun, es fällt uns auch heute nicht ein, mit Puttkamer über diese Dinge zu streiten. Wenn die Fachvereine sozialdemokratische Rekruten heranzubilden, so thun sie in unseren Augen ein höchst verdienstvolles Werk, und wenn sie ihren ins Heer eintretenden Mitgliedern den Rath geben, sich tüchtig zu halten, damit sie Unteroffiziere werden, so thun sie damit nicht einmal vom Standpunkt der Kerne aus etwas Unrecht. Sie haben das mit sich selbst abgemacht.

Also angenommen, die Sachen verhielten sich so, wie Ehren-Püttig angibt, erhält dadurch seine Verfügung auch nur einen Schimmer von Berechtigung?

Richtig im Grundsatz. Die Armee soll nach der Verfassung ein unpolitisch-er Körper sein, das „Wolk in Waffen“. Ob innerhalb der Armee politische Agitationen unterhalten werden dürfen, ist eine theoretische Streitfrage, tatsächlich ist es in Preußen-Deutschland verboten. In der Armee soll, nach dem Geist der Militärgeetze, die Politik schweigen, und zwar in jeder Beziehung schweigen — oben wie unten. Das hört aber in dem Augenblick auf, wo Jemand wegen seiner Gesinnung nicht befördert wird, was Püttig allgemein statuiert wissen will. Seine Verfügung nimmt dem Heer den bisher so emphatisch betonten Charakter der Volksinstitution und brückt ihm dafür den Stempel eines Parteistatut auf. Und da der Charakter des Heeres durch die Verfassung bestimmt ist, so bezweifelt die Verfügung zugleich einen Bruch der Verfassung in sich, derselben Verfassung, die Herr Püttigamer zu halten eidlich gelobt, „so wahr mir Gott helfe!“

Wir stellen das fest, ohne uns sonderlich darüber zu ereifern. Im Gegenteil hat die Geschichte für uns vorzugsweise einen komisch-erhebenden Zug. Wie erblicken in diesen plumpen Hochsprüngen nur einen Beweis mehr dafür, daß auch am Militärstaat sich der Satz erfüllt, daß alle politischen Einrichtungen, auf die Spitze getrieben, in ihr Gegenteil umschlagen, daß auch er keine Steigerung mehr verträgt, sondern am Ende seines Latein angelangt ist.

Also der sozialdemokratische Unteroffizier hat es Euch angehan? Wir glauben es, denn der sozialdemokratische Unteroffizier ist keine Legende. Er lebt, er hat Fleisch und Blut. Nur täuscht Ihr Euch über seine Herkunft. Er stammt nur ausnahmsweise aus Proletariat-cc. Kreisen, sondern wird in der Regel erst im Dienst zum Sozialdemokraten. Eine ganze Reihe von Faktoren machen ihn dazu. Da kommt zu ein gewisser Mangel vom Lande oder aus der Stadt zum Militär. Kräftig und anständig, von Jugend auf mit einem wahren Kultus für das Heerwesen erfüllt, „kapituliert“ er und wird Unteroffizier. Aber ach, wie schwinden von Jahr zu Jahr die Illusionen! Je intelligenter er ist, um so bitterer empfindet er den Druck der Klassenunterschiede in der heiligen Gesellschaft, der sich nirgends so deutlich zeigt wie gerade beim Heer.

Man hat das Heer in seiner heutigen Verfassung zuweilen eine sozialistische bzw. kommunistische Institution genannt. Das ist es jedoch keineswegs. Gewiß, der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht ist ein sozialistischer, aber wie mangelhaft ist er durchgeführt, wie wird der kommunistische Gedanke der Gleichheit der Lebensbedingungen schon bei der Aushebung in eine Karrikatur verwandelt! Und so ist im Heere es durchweg der Fall. Überall sind unzulässige sozialistische Ansätze vorhanden, überall aber arten sie in das Gegenstück, in eine widerige Karrikatur aus. Eine Hierarchie, die sich auf Klassenprivilegien stützt, brückt auf den angeblich demokratischen, weil aus der breiten Masse der Bevölkerung rekrutierten Unterbau, jeden freien Ausschlag der Geister lähmend. Noch im kräftigsten Mannesalter stehend, sieht sich der dem Volk entflammende „Kapitulant“ bereits von jeder, das Selbstgefühl erhebbenden Karriere abgeschnitten und auf die Zivilversorgung als Schutzmann, Briefträger oder dergleichen angewiesen. Und das soll ihn nicht zum Nachdenken, ihm nicht die Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaftsordnung zum Bewußtsein bringen?

Nicht daß sich überhaupt sozialdemokratische Unteroffiziere finden, darf Euch wundern, sondern daß sich nicht noch weit mehr finden. Doch Geduld, auch hier ist nur erst der Anfang gemacht. Mit der Zeit wird's schon besser werden.

Es ist ein wahres Elend, wie es dem armen Militärstaat geht. Schon seit Langem sieht er vor dem Problem, wie das Umhurtschneiden aus dem Heere fern zu halten, während in den Kreisen der Bevölkerung, aus denen er nun einmal die Masse seiner Rekruten zieht, das Gift der Umhurtschneidungen immer weiter um sich greift. Die Landbevölkerung, die demselben noch am wenigsten zugänglich ist, nimmt von Jahr zu Jahr ab zu Gunsten der industriellen, und wie man oben über die Rekruten aus dem Industrie- und Handelsstand denkt, das hat seiner Zeit der schlesische Junker Volksthum im Reichstag offen ausgeplaudert. Man fürchtet sie wie die Pest.

Und da kommen diese heimtückischen Umstürzler gar noch auf die — wir finden keinen andern Ausdruck — russische Idee, ihre sichersten Leute nicht zur Rekrutierung, sondern zur guten Führung während der Dienstzeit aufzufordern, um den Stamm der sozialdemokratischen Unteroffiziere noch zu vermehren! Das ist ja um aus der Haut zu fahren. Da muß auf jeden Fall etwas geschehen. Und so wird eine neue Spionage organisiert, werden neue schwarze Listen angelegt, wird der so oft marktschreierisch verkündete hohe Grundsatz, „in der Armee gilt nur das wirkliche Verdienst“ in eklatantester Weise mit Füßen getreten.

Hört Euch alles nichts. Ihr verneht damit nur die Unzufriedenheit, und diejenigen, die Ihr treffen wollt, trifft Ihr doch nicht, denn die stehen früher auf als Ihr. Ihr habt die allgemeine Wehrpflicht einmal, und so müßt Ihr auch ihre Konsequenzen tragen. Ihr glaubt das ganze Volk durch den Militärisch in Eurem Sinne dressieren zu können, so erleidet es denn, daß vielmehr das „Volksthum“ seine Ideen aus dem Volk zieht. Heute seht Ihr, wie gesagt, nur erst den Anfang, aber dieser Anfang ist das Ende Eures Latein. Denn ob Ihr es noch so gern umgeben möchtet, Ihr müßt uns unsere Truppen einbringen: unsere Soldaten, unsere Unteroffiziere und — schrecklich zu sagen — unsere Offiziere.

Sozialpolitische Rundschau.

Büch, 21. September 1886.

— Die Straffession des deutschen Reichstags hat bereits ihr Ende erreicht, und zwar ein nicht weniger als rühmliches — Dem der bodenlosen Schwäche, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, der deutsch-republikanischen Partei und, soweit man dieses überhaupt noch zur Opposition rechnen kann, des Zentrums. Statt Herrn Bismarck, der sie aus reiner Eitelkeit zu einer Straffession zusammenberufen, dadurch zu antworten, daß sie, einmal zusammen, nun auch mit ihm ein kräftiges Wortlein reden, jagen sie es vor, gleich Schulbuben ihre Strafpensum — die Annahme des deutsch-spanischen Handelsvertrages — in aller Eile zu absolvieren und dann schweigend auseinanderzulassen. Und das nennt sich Volkstretung!

Soweit es in den Kräfte unserer Partei lag, wurde den Herren das Spiel wenigstens in etwas verborben. Unsere Abgeordneten machten von dem ihnen geschäftsordnungsmäßig zustehenden Rechte Gebrauch, gegen die Nichtbeachtung der wahren der Verfassung und Verletzung der Vorlagen vorgeschriebenen Fristen Verwahrung einzulegen, und verlängerten damit die Session um einige Tage. Wie einige Blätter wissen wollen (uns selbst ist noch kein Bericht zugegangen) wurden sie zu diesem Vorgehen u. A. durch die Rücksicht bestimmt, daß sie, so lange der Reichstag zusammen, ungebändert in Berlin gemeinsame Beratungen pflegen können. Bei der Rücksichtslosigkeit, mit der neuerdings das Sozialistengesetz gegen unsere Partei in Anwendung gebracht wird, eine in jeder Beziehung zu rechtfertigende Reaktion. Ebenso war es durchaus in der Ordnung und wird den rückhaltlosen Beifall aller Genossen finden, daß unfererseits die Wiederwahl des Herrn von Wedell. Die Arbeit zum ersten Reichstagspräsidenten bekämpft wurde, nachdem der genannte Herr in seiner Eigenschaft als Regierungspräsident von Bagdaburg gegen den aus Berlin ausgewiesenen Arbeiter Richter einen der niederrichtlichen Paragraphen (Aufenthaltsbeschränkung auf Grund früherer Bestrafung) des Schandgesetzes in Anwendung gebracht hat oder hat bring lassen. Was das Vorgehen unserer Fraktion über die Begründung desselben durch Valencien auch formell gegen die parlamentarischen Bedenken verstoßen haben, so schloß war es voll und ganz begründet, und so heilig ist uns das Zeremoniell des Reichstages nicht, daß wir es über die grundsätzliche Wahrung der demokratischen Rechte stellen wollten. Die tugendhafte Entrüstung der Herren Windthorst und Richter über das „all-parlamentarischen Anstandsregeln widerstrebende“ Verhalten unserer Abgeordneten war die reine Komödie. Namentlich Herrn Richter ziemt es am letzten, sich zum parlamentarischen Stimmrecht aufzu-

spielen, denn in Punkto „guter Sitten“ ist der „Vulvenbeißer des Freisinn“ der beste Bruder sicherlich gerade auch nicht.

— **Kußer dem Strafpensum** „erledigte“ der Reichstag auch noch die inzwischen eingegangene Denkschrift über die Handhabung, bzw. Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes in Leipzig und Umgegend. In diesem Aktentitel — ein wirklich kulturhistorisches Dokument — wird zur Begründung der Verlängerung ausgeführt:

1) In Leipzig und Umgebung hat das Fachvereinswesen — Benutzung des den Arbeitern gesetzlich zustehenden Koalitionsrechtes! — starken Aufschwung genommen.

2) In Leipzig haben in verschiedenen Arbeitsbranchen Lohnbewegungen unter den Arbeitern (s. ad 1) stattgefunden.

3) In einer, vor netto einem Jahre stattgehabten Versammlung, anlässlich des Formertreffs, wurden — nicht von dem Referenten, sondern von nach ihm das Wort nehmenden Rednern — „aufreizende Drohungen“ ausgesprochen. Einige Tage später wurde sogar ein Brief geschrieben, in welchem „mit Dolch und Dynamit“ gedroht wurde. Damit ist, nach der Denkschrift, „die letzte Grenze erreicht, welche den Uebergang vom Worte zur That bezeichnet.“ (Gewöhnlich pflegen Drohbriefe bekanntlich alles Andere eher zu bezeichnen, als den Uebergang zur That. Wir wenigstens warten noch immer auf die Ausführung von mindestens einem Schuß Drohbrieften.)

4) In Leipzig wurden in erheblicher Menge verbotene Schriften verbreitet — trotz des „Kleinen“.

5) In Remyor (!!) ist ein Liebes- und Rachebund gegründet worden, ein Bruder Reinhardt's ist von einem Hochverrat Leipzig nach Remyor überführt — nicht etwa von Remyor nach Leipzig!

Das sind die Gründe, welche die sächsische Regierung für eine Maßregel anzuführen die Stirne hat, die Tausende und Abertausende der elementarsten staatsbürgerlichen Rechte beraubt.

Ebenso schwach aber, soweit das überhaupt möglich, noch schwächer waren die Versuche des sächsischen Bundesratspräsidenten von Ehrenstein, die scharfe Kritik, welche unsere Genossen Bollmar und Bierck der Denkschrift und die Maßregeln der sächsischen Regierung angedeihen ließen, zu entkräften. Verstand es dieser Herr doch, den Gipfel der Lächerlichkeit dadurch vollends zu erklimmen, daß er erklärte, der Zusammenhang zwischen der Sozialdemokratie und dem Anarchismus sei dadurch bewiesen, daß der besagte Anarchist mit einem hervorragenden Sozialdemokraten in einem Hause gewohnt hat!

Wie schlecht muß es um eine Sache stehen, bei deren Verteidigung man zu einem derartigen Witzspiel seine Zuflucht nehmen muß.

Inwiefern die Lächerlichkeit tödlich nicht, oder doch wenigstens sehr langsam. Und am langsamsten sicher in Deutschland. So nahm auch diese Debatte dasselbe Ende, wie alle das gleiche Thema behandelnden. Nachdem von nichtsozialistischer Seite nur der deutsch-republikanische Abgeordnete v. Stauffenberg noch gegen die Handhabung des Sozialistengesetzes und dieses selbst gesprochen, und unfererseits noch Debel darauf hingewiesen, daß der ganze Bericht von Arbeiter- und Klassenhass erfüllt sei und den Beweis liefere, daß das Gesetz gegen die Arbeiter als Klasse gerichtet sei, erklärte der Präsident, daß sich sonst kein Redner gemeldet, das Haus den Bericht somit zur Kenntnis genommen habe.

Das nennt man parlamentarische Erledigung.

Wahrlich, handelte es sich nicht darum, immer wieder und wieder das öffentliche Bewußtsein wahrzustellen, der Stimme der Verfolgten und Unterdrückten Ausdruck zu geben, man könnte Luft bekommen, unseren Abgeordneten zu empfehlen, auf die Stipparbeit der parlamentarischen Kritik des Ausnahmegesetzes ganz zu verzichten.

— **Frankreich und Rußland.** Um die Liebedienerei Bismarck's gegenüber dem Kaiser an der Rena zu beschönigen, wurde dem deutschen Volk neuerdings wieder die Gefahr eines gegen Deutschland gerichteten russisch-französischen Bündnisses an die Wand gemalt. Nun ist ja nicht zu leugnen, daß in Rußland sowohl wie in Frankreich eine Anzahl Leute von einem solchen Bündnis schwärmen, es ist das eine Folge des glorreichen Krieges von 1870/71, aber daß die einsichtigen und aufrichtigen französischen Republikaner das Angebot eines Bündnisses zwischen der Republik und dem Zarenreich sehr wohl fühlen, dafür kann man in der französischen Presse täglich Beweise finden. So schrieb erst neulich wieder Charles Longuet in der „Justice“:

„Kann man z. B. ohne Erregung die unendliche Reihe von Dersessen und Zeitungsauszügen lesen, in denen immer wieder das alte abgehackte Sopsen einer russisch-französischen Allianz vorgespült wird? Ob, er (es ist von Bismarck die Rede) weiß sehr gut, woran er sich mit der Gemeinheit seines Vorgehens zu halten hat. Aber er rechnet unbeding auf die höhere Gemeinheit der ausereinsten politischen Zirkel und er hat nicht Unrecht. Er kennt sowohl die Grundzüge, die Bedenken der französischen Demokratie, als auch die Vorsicht und die Zurückhaltung unserer Ministerien der aus vortigen Angelegenheiten des Genauen. Er weiß, daß selbst unter ganz anderen, sehr unwahrscheinlichen Umständen die französischen Republikaner sich zwei- und dreimal bestimmen würden, ehe sie sich mit Monarchen verbänden. Er weiß, daß der Fortbestand der absoluten Monarchie in Rußland in den Augen nicht nur der Republikaner, sondern auch der aufrichtigen Liberalen der ganzen Welt das große, in erster Reihe stehende Hindernis ist, welches den endlichen und allgemeinen Triumph der repräsentativen und völkshümlichen Einrichtungen verhindert, die überall das unumgängliche Wort sind der großen Umwälzungen auf wirtschaftlichen und sozialem Gebiet. Er weiß, daß so lange es in Rußland keine Verfassung und kein Parlament in Petersburg gibt, die deutsche Sozialdemokratie, auch wenn sie noch mehr wächst, nur eine relative Gefahr ist. Aus allen diesen und noch einer Anzahl anderer Gründe weiß er, wie nämlich die moskowitzische Tyrannei ihm ist, der alles in Europa zu konservieren trachtet, und wie schädlich sie insolge dessen oft uns Franzosen und Republikanern ist, die wir, unserer Ueberlieferung und unserem nationalen Geiste entsprechend, alles in Leben und Bewegung bringen wollen. Er weiß es, aber es kümmert ihn nicht. Er wird darum doch nicht weniger reden und nicht weniger sagen. Ist er doch der Unterfänger von Seiten einer gewissen Anzahl Falschhüte gewiß, die auch ihrerseits an die Allianz der Republik mit dem Zarenreich glauben und deren republikanisches Bewußtsein trübe genug ist, sie zu wünschen.“

Schärfer kann man mit den Derouidde und Konsorten kaum in's Gericht gehen. Und das geschieht in der „Justice“, dem Organ Clemenceaus.

— **Gut gemeint, aber schlecht überlegt.** Es geht uns folgende Zuschrift zu:

„Gut. Wohlgebornen! Die wahre Ursache der wirtschaftlichen Misere und der wachsenden Erwerbsnoth ist die unnützlich rasche Bevölkerungszunahme. Wo soll das hinaus, wenn in unserem Land jährlich über 500,000 Menschen jährlich 500,000 Geburten mehr sind als Sterbefälle?! In wenigen Jahren wird in Amerika der Rest des hier jetzt noch unbedauten ertragfähigen Bodens vergeben sein, wohin dann mit unserer überflüssigen Bevölkerung? Deutsche Ehepaare sollten sich mit 2-3 Kindern begnügen und nicht, wie es leider so oft der Fall ist, 4-8 in die Welt setzen. Soll Deutschland nicht an Ueberfülle und Ueberkonkurrenz verkommen, und hilflosen Zuständen entgegengehen, so bekämpfe man den Reichthum in der Kinderzeugung. Statt in geschäftiger Weise gegen die staatliche und gesellschaftliche Organisation zu gehen, würden sie besser thun, das Volk über den wahren Grund des zunehmenden Massenelends aufzuklären und die gebantenlose Menge zur Mäßigkeit und vernünftigen Ueberlegung zu ermahnen.“

Dochachtungsvoll!

(folgt Unterschrift.)

Also Ueberfülle ist das Grundübel, an dem die Gesellschaft frant. Ja, warum lesen wir denn überall, in allen Handels- und Industrieberichten, von Ueberproduktion? Wie ist es möglich, daß eine Gesellschaft überfüllt ist, in der, nach übereinstimmenden Urtheilen aller Sachkenner, sowohl an Produkten der Industrie als der Landwirtschaft ein solcher Ueberfluß besteht, daß eine ganze Reihe von Betrieben nur deshalb brachliegen, weil sie nicht mehr rentiren? Wenn der Einkunder uns diese Frage in einer Weise beantworten kann, welche unsere Ueberzeugung, daß der Fehler in der Organisation der Gesellschaft liegt, widerlegt, so geloben wir ihm, in 500 und Tausende Buße

zu thun und die Arbeiter aufzufordern, ihren Prinzipalen zu folgen und sich mit 2-3 Kindern zu begnügen — in der Ehe.

— Folgendes ist der Wortlaut der von der Fraktion unserer Genossen im Reichstage ausgearbeiteten

Interpellation:

Die große Beunruhigung, welche im deutschen Volke durch die Vorgänge der letzten Wochen auf der Balkanhalbinsel hervorgerufen wurde, sowie die Stellung, welche nach Mitteilung offizieller Presseorgane der Reichskanzler diesen Ereignissen gegenüber eingenommen hat, veranlassen uns, an die verbündeten Regierungen folgende Anfragen zu stellen:

1) Ist es wahr, daß durch den Reichskanzler diesen Sommer in Kissingen und Gastein im Namen der verbündeten Regierungen Abmachungen zugestimmt wurde, welche die Beseitigung des Fürsten Alexander von Bulgarien im Interesse Rußlands und die Stärkung der russischen Macht auf der Balkanhalbinsel bezweckten?

2) Ist es wahr, daß die Reichsregierung bei dem Fürsten Alexander nach dessen Rückkehr nach Bulgarien dahin wirkte, daß diejenigen, die dem genannten Fürsten die Regierung entzogen, ihn aus dem Lande trieben und dadurch sich, nach monarchistischer Auffassung, des Verbrechens des Hochverrats schuldig machten, straflos ausgingen?

3) Was gedenken die verbündeten Regierungen zu thun, um bei dem unaufrichtig wachsenden Einfluß Rußlands und der Ausdehnung seiner Macht auf der Balkanhalbinsel die schwer bedrohten deutschen Interessen zu wahren?

Zugleich stellen wir die Anfrage:

Ist den verbündeten Regierungen bekannt, daß im Kreise Meschen in der Provinz Posen am 10. August d. J. der Wirth Walczak aus Kuchari und ein Wirthssohn aus Pomezel auf preussischem Boden von russischen Soldaten überfallen, aber die russische Grenze geschleppt, verhaftet und ersterer gegen Zahlung von vier, letzterer gegen Zahlung von achtzehn Rubeln erst nach dreitägiger Haft entlassen wurden? Ferner: Daß in der Nacht vom 28. auf den 29. August d. J. der Wirth Derwich ebenfalls auf preussischem Boden von russischen Grenzsoldaten überfallen, über die Grenze geschleppt, zunächst auf der Wache, dann aber in Kattich ins Gefängnis gesetzt und erst nach fünf Tagen und gegen Erlegung einer Kaution von 75 Rubel und Garantieleistung Kattischer Wirths entlassen wurde? Und was gedenken die verbündeten Regierungen gegen diese, sowie die seit Langem fortgesetzten Grenzverletzungen russischer Soldaten und die brutale, völkerrrechtswidrige Behandlung deutscher Staatsangehöriger durch russische Soldaten und Behörden zu thun?

Da zur Einbringung einer Interpellation 30 Stimmen nothwendig sind, während unsere Genossen im Reichstag (da Diebstahl verzeiht) nur über 24 Stimmen verfügen, und weder Deutschfreisinnige, noch Volkspartei, noch Polen, noch Dänen, noch Engländer, noch Welfen, noch Zentrumsleute — kurz, kein Mitglied der bürgerlichen Opposition seine Unterschrift hergab, so mußte dieselbe unterbleiben. Der Entschluß der bürgerlichen Opposition gegen Bismarck's Resolution ist schnell verpufft.

— **Zum deutsch-spanischen Handelsvertrag**, der nahezu einstimmig angenommen wurde, sprach sozialistischerseits Kayser und Stolle; ersterer begründete das Votum unserer Fraktion, während Stolle, an einen Ausdruck des Staatssekretärs Bötticher anknüpfend, die Nothwendigkeit energischer Maßregeln zur Bekämpfung der Ueberproduktion betonte.

— **Soldatenshinder-Album.** Den Reigen dieser neuen Rubrik, in welcher wir alle uns von zuverlässiger Seite geschickten Soldatenshinder zu kennzeichnen beabsichtigen, eröffnete der Hauptmann der 6. Kompagnie des 11. schlesischen Infanterieregiments v. Stieler.

Aus Breslau erhalten wir nämlich folgende Zuschrift:

Als Montag, den 16. August — einem der heißesten Tage —, daß hier in Breslau in Garnison liegende 11. Infanterieregiment sich zu Schießübungen auf dem Schießplatze bei Fallenberg befand, kam bei der 6. Kompagnie desselben ein Fall von Bestialität eines Hauptmanns vor, der festgenagelt zu werden verdient:

Bei dem Marsch wurde ein „Gemeiner“ Namens Strauch, ein schmaler Mensch, der den Anstrengungen des Marsches nicht gewachsen war, da er ein halbes Jahr lang in der Kantine als Verkäufer seine militärische Ausbildung genossen hatte, unter den bekannten Symptomen von Hitzschlag getroffen: sein Gesicht röthete sich und schwoß an, er begann zu taumeln, hat um einen Schluß Wasser, der ihn sicher noch gerettet hätte, und hülfreiche Hände waren bereit, ihm Wasser zu reichen. Doch da sprengte der Hauptmann — von Stieler ist der Name des Unmenschen — den auf seinem Gaulte die Hitze freilich weniger belästigt haben mochte, heran, verbot streng, dem Kranken Wasser zu reichen, und behielt ihn, weiter zu marschieren. Der Arme wartete weiter, bis er zusammenbrach und in's Lazareth geschafft wurde. Aber noch nicht genug mit seiner bestialischen Handlungsweise, führte der edle Hauptmann in's Lazareth — nicht etwa, um gut zu machen, was er verbrochen — nein, sondern er herrschte den Kranken an: „Wenn Du — nicht in zwei Stunden bei der Kompagnie bist, lasse ich Dich einsperren!“

Nun, der Schurke kam nicht dazu, seine brutale Drohung auszuführen, denn — in einer Bierstunde war das Opfer der militärischen Drillerei todt!

Der arme Teufel wurde wie zum Hohn mit militärischen Ehren begraben, unter den Klängen des Liedes: „Ich hatt' einen Kameraden.“ — Der Hauptmann v. Stieler aber hielt eine Rede und sagte, daß er auf den Verstorbenen nicht besondere Rücksicht genommen habe, da er ihn als schmählichen Menschen kannte, und daß er ihn daher in die Kantine kommandirt hätte! Und „Einsperrige“ und „Gemeine“ hörten ergriffen zu und — schwiegen.

Als ein erhebendes Beispiel militärischer Subordination ist noch erwähnenswert, daß zwei Brüder des Ermordeten auf dem Marsche dabei waren und ihm nicht helfen durften, dabei waren am Strabe und — schwiegen!

Freilich waren's ungebildete Polaken. Es lebe die Subordination! Es lebe die Unbildung!

Eine Untersuchung über diesen Fall ist natürlich nicht erst eingeleitet worden, es würden sich ja auch selbstverständlich keine Zeugen gegen den Herrn Hauptmann finden, und auch der Todte nicht mehr lebendig werden; außerdem war's ja nur ein gewöhnlicher Proletarier, und Kanonenfutter gibt's noch genug.

— Ein besonders hässlicher Soldatenshinder ist der Unteroffizier im 43. ostpreussischen Infanterieregiment Düber. Dieser, der Sohn eines ehemaligen Gutsbesizers aus der Umgegend von Gumbinnen, der trotz kriechender Liebedienerei nach oben gründlich verpackt, mißhandelt die ihm unter die Fuchtel gerathenden Rekruten, wo er nur kann. Von Schlägen rohefter Art gar nicht zu reden, findet er ein besonderes Vergnügen daran, diejenigen seiner Untergebenen, welche Schnurrbärte tragen, derart an denselben zu pieken, daß das Blut hervorquillt und die Haare in seiner Hand bleiben. Um den Soldaten das Marschieren besser beizubringen, bedient er sich des Mittels, ihnen — Kieselsteine in den Mund zu stecken. Leider, schreibt unser Gewährsmann, sind die Leute hier noch so zurück, daß sie sich das alles gefallen lassen, in dem Glauben, es müsse so sein. Bis jetzt ist noch keine Anzeige gegen ihn erfolgt, daher wäre öffentliche Kennzeichnung sehr am Platze.

Nun, sie ist jetzt erfolgt, und wir werden sehen, mit welchem Erfolg.

— **Tugendhafte Entrüstung einer schönen Seele.** Zu dem Antruf des ultramontanen „Heinrichs Reiter“ nach dem Schutze des Sozialistengesetzes gegenüber der sozialistischen Agitation, bemerkt die „Heinrichs-Reiterische Zeitung“ — das Sprachrohr der reaktionären Fabrikantensynode, ganz entrüstet:

„Da steht man wieder da alle G'schichte: die Herren Ultramontanen schwören nur so lange an die Freiheit des Individuums“ und wie die schönen Sachen alle heißen, als es ihnen selbst nicht an den Krügen geht. Nirgendwo ist härter gegen das „Ausnahmengesetz“ geschrieben, nirgends die Regierung selber dieserhalb angegriffen worden,

als in der „Königlichen Volkszeitung“, „Dortmunder Tremonia“, „Essener Volkszeitung“, „Rheinisch-Westfälischer Volksfreund“ in Essen, „Nieder-rheinische Volkszeitung“ in Crefeld etc. etc., d. h. von ultramontanen Organen in Wahlkreisen, deren Vertreter, entweder selbst Zentrumabgeordnete oder mit Hilfe der Ultramontanen gewählt, sämtlich gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestimmt haben. Jetzt, wo dem Zentrum das bisher besetzte Gebiet langsam von sozialdemokratischer Seite abgegraben wird, ist niemand erfreuter über das Sozialistengesetz als die Herren Ultramontanen. Heraus mit der Meinung, ihr Herren Bischof, Köckerath, Hise, Lings, Gieseler und wie sie alle heißen mögen: was sagt ihr zu den Reueheren des Kölner Zentrumsgorgans?

Recht so, Ihr wackeren Biederer, sagt Euch nur tüchtig die Wahrheit!

— **Dumm, gemein und unverschämmt** — nach diesem Rezept scheint die Pottamer'sche Ordnungsgesellschaft jetzt in ganz Deutschland zu arbeiten. Von allen Seiten hört man nur von frechen und gemeinen Uebertreibungen der Polizei, gleichzeitig aber auch von grenzenlosen Blamagen derselben, denn Verfügungen und — Ausführungen ist meierlei, und regelmäßig merkt das anmaßende Polizeipad erst hinterher, daß es die Rechnung ohne den Wirth, d. h. die Sozialisten, auf die es heute ja allein abgehen ist, gemacht.

Ein Beispiel solch unverschämten Einvernehmens der Polizei, wobei diese aber hinterher doch die Geleimte war, liegt und heute aus Breslau vor. Man schreibt uns von dort:

Breslau, 12. September. Am 9. September starb hier selbst der Zigarrenmacher R. Kobow (Kassirer des Unterhaltungsverbandes deutscher Tabakarbeiter) plötzlich an einer Lungenerkrankung. Ein Vorstandsmitglied genannten Verbandes machte das Ableben den Kollegen durch Mithat in der „Breslauer Morgenzeitung“ bekannt und forderte alle Freunde des Verstorbenen auf, sich an dem, am Sonntag stattfindenden Leichenbegängnis zu beteiligen. Am Sonntag früh aber — man lese und staune! — stand an den Anschlagtafeln folgendes Plakat:

Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf die Vorschriften der §§ 9 und 10 der Verordnung vom 11. März 1850 über die Verhütung eines der gefährlichen Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauches des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes, sowie auf Grund von § 9 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch die Veranlassung eines öffentlichen Aufzuges bei Gelegenheit der Beerdigung des verstorbenen Zigarrenarbeiters Wilhelm Kobow am 12. D. verboten.

Bei jeder Uebertretung dieses Verbotes wird gewarnt und darauf verwiesen, daß nach § 17 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 die Teilnehmer an solchen Aufzügen mit Geldstrafen bis zu 500 Mk. oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten, die Leiter, Ordner, Agenten, Redner u. s. w. aber mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahr bestraft werden.

Der Polizeipräsident:

Hr. v. Hilar-Gleichen.

Kann man sich etwas Anmaßenderes und Gemeineres denken? Auf da nicht Jedermann an die normale Beschaffenheit des Hirnes jener Ordnungsgesellschaft Zweifel setzen? Denn obwohl unseren Lippen ein verächtliches „Wui!“ über solche Bubenshaftigkeit entfließt, so können wir doch bei näherer Ueberlegung auch zugleich ein recht herzliches Lachen nicht unterdrücken.

Könnte man ein billigeres und besseres Bekanntwerden des Begrüßnisses unseres Freundes anders bewerkstelligen, als wie es da seitens unserer christlichen Gesellschaften besorgt wurde? Gewiß nicht! Und daß diese Bekanntmachung denn auch tüchtig gewirkt hat, das haben wir und — zu ihrem Verdruß — auch unsere biedereren Ordnungshelden gesehen.

Unser Kollege war im Hospital zu Wertheim gestorben und fand auch von da aus die Beerdigung statt. Die ganze Ordnungsgesellschaft, so man Polizeifreie nennt, an der Spitze der Kriminalpolizei Fiedler, war, im Wasserrod und in Zivil, auf den Beinen.

Nachmittags 3 Uhr setzte sich der Leichzug, aus vielen hundert Personen bestehend, in Bewegung. Aber das war nur der Anfang. Von allen Straßen und Gassen kamen die Teilnehmer, die gruppenweise dem Zug aufschloßen, herbei, und schlossen sich den Leibtragenden an, so daß schließlich ein imposanter Leichzug von Tausenden, Männer, Frauen und Kinder, in bester Ordnung hinter dem Sarge des schlichten Zigarrenarbeiters durch die Straßen Breslaus zog, während die Ordnungshelfer — ohne Arbeit — hinter, vor und neben dem Zug, wie die Schärferhunde, einhertrampelten. Soller Kerger und Bluth führte der größte Theil an der Grenze der Stadt Breslau zurück, wo den Zug zwei Gensdarmen, der „Großbauer“ (Schulze) und der Nachtwächter aus dem Nachbardorf Städtchen empfingen. (Selbstverständlich gingen noch einige „Schulze“ aus Breslau mit, bis auf den Kirchhof.) Als der Leichzug in der Höhe auf dem Kirchhof ankam, umstanden bereits viele, viele hundert Personen, die es vorgezogen hatten, sich direkt auf den Kirchhof zu begeben, die offene Grube. Unter lautloser Stille, die nur das laute Weinen der Frauen und Kinder unterbrach, wurde der Sarg in das Grab gesenkt. Aber dieses Weinen und Klagen wirkte geradezu erschütternd auf die Massen. Es klang wie bitterer Jähoh, wie leidenschaftliche Klagen, in welchen sich die Entrüstung über die Polizeihelden Luft machte, die mit niedergeschlagenen Blicken am Grabe standen. Es war eine Demonstration, wie sie eindrucksvoller und aufreißender kaum gedacht werden kann. Ein Gefangener unterbrach schließlich die unheimliche Stille (alle Reden verboten) durch das Abfragen einiger Worte als Scherzgruß.

Nachdem von verschiedenen Seiten Kränze und Blumen niedergelegt wurden, trennten sich die Massen in aller Ordnung.

— **Rohaupt** war uns ein guter und braver Kollege, und ebenso ein ruhiger und überzeugungstreuere Parteigenosse. Jeder, der ihn kannte, hatte ihn gern. War er auch öffentlich fast gar nicht bekannt, so hat er doch viel für unsere gemeinsame Sache gewirkt und steht die Fahne der Freiheit und Gerechtigkeit hochgehalten. Er war ein guter Genosse und als solcher wollen wir auch jetzt seiner gedenken. Die Breslauer Ordnungshelfer haben sich — aber wohl noch nie so blamirt wie an diesem Sonntag.

— **In Chemnitz** wurden kürzlich 13 in einem Lokale versammelte Genossen verhaftet, aber bis auf einen, den Schlossermeister Söhe, nach kurzem Verhör wieder entlassen. Man vermutete eine geheime Zusammenkunft. Söhe wurde in Haft behalten, weil man in seinem Notizbuch Eintragungen fand, auf Grund deren man auf Verbreitung der Sozialdemokratischen Bibliothek schloß. Söhe soll im Verhör auch diesbezügliche Geständnisse gemacht haben und wurde daraufhin aus der Haft entlassen, aber am letzten Sonntagabend abermals in Haft genommen. Ob man weitere Geständnisse aus ihm zu erpressen hofft?

Der Vorkauf zeigt wieder einmal drastisch die ewige Unvorsichtigkeit eines Theiles unserer Genossen in Deutschland mit Notizen, die sie geheim halten wollen. Jeder überhaupt Denkfähige muß doch begreifen, daß bei Haus- und Durchsuchungen die Notizbücher das Erste sind, nach denen die Polizei greift, und daß bei der Polizeiwirtschaft in Deutschland keiner unserer Genossen auch nur eine Stunde vor Haus- und Durchsuchungen sicher ist.

Auch ist den Genossen schon duzendmale gepredigt worden, daß sie vor der Polizei zu keinen Aussagen verpflichtet sind und auch vor Gericht zu keinen solchen gezwungen werden können. Jeder Verhaftete, solche zu erpressen, sei es durch Drohungen, Verprügelungen oder Verlängerung der Haft, muß mit Hinweis auf das Strafgesetzbuch zurückgewiesen werden. Ein Beamter, der Geständnisse auf irgend eine Art zu erpressen sucht, ist strafällig. Auch sollte niemand ein Verstoß unterzeichnen, der es nicht zuvor selbst genau durchgelesen hat. Die bloße Vorlesung genügt nicht.

— **Ein christlich-konserverativer Kulturkrieger.** In Berlin fand in der vorigen Woche ein „Allgemeines deutscher Kongress zur Förderung überseerischer Interessen“ statt, der sich auch mit der unseren Kolonialschwärmern so überaus am Herzen liegenden Frage der „Er-

ziehung des Regers zur Arbeit“ beschäftigte. Der Regier ist bekanntlich noch so unpolitisch, für die Lebensarten unserer Kolonialschwärmer von dem befehlenden Einfluß der Prognostik auf das Gewissen kein Verständnis zu haben. Ja, er ist so ungründlich, das Mehrwerthschaffen für eine überflüssige Beschäftigung zu halten; wenn er so viel geschafft als zu seinem Unterhalt erforderlich, schönt er dem Recht auf Müßiggang, wobei er merkwilligerweise körperlich viel besser gedeiht als der arbeitende Fabrikproletarier unserer zivilisierten Gesellschaft.

Das soll und muß nun anders werden. Der Regier muß „politisch“ werden, d. h. Mehrwerth erzeugen lernen. Und so trat der sehr geistlich-konervative Joseph Graf Feil auf und führte, begleitet vom leibhaftigen Beifall des größten Theils der Versammlung, folgendes aus:

„Der Kulturkrieger sei berechtigt, sich den Regier dienbar zu machen, der keinerlei moralische Privilegien habe. Die gegenwärtige Ansicht sei ein Erzeugniß der Periode der Dumheit und Unwissenheit. Mit der Einführung der Regierarbeit werden demselben keine Rechte genommen, vielmehr werde er durch die Arbeit leblich von seinen meist aus ganz geringfügigen Gründen entstandenen Kriegs- und Kampfzügen abgehalten. Wollte man mit Kolonisationen vorgehen, so gebrauchte man den Hauptlingen gegenüber zunächst die Entfaltung einer bemessenen Macht, der Regier folge dann willig zur Arbeit, sobald er sähe, daß man ihn dafür belohnt. Die kriegerischen Stämme müssen durch geschickte Handhabung zu kulturellen Zwecken benutzt werden; sie müssen dazu dienen, die feindlichen Stämme zur Arbeit anzubahnen, denn sie selbst sind bei ihrer Bewilderung zur Arbeit untauglich. Hat der Europäer sich auf solche Weise verbündet und sich selbst damit eine autoritative Stellung erworben, so beginne die eigentliche Erziehung des Regers. Dieselbe muß wie bei und zunächst vom Weibe ausgehen, welches zu diesem Zwecke ebenfalls zur Arbeit herangezogen werden muß. Die Veranlassung eines ganzen Stammes zur Arbeit werde eine rotirende sein müssen, d. h. daß in bestimmten Perioden eine bestimmte Anzahl des Stammes arbeiten müsse, so gewöhne sich Mann und Weib und auch das Kind an die übernommene Verpflichtung. Sodann dient die Aufgabe einer Kopffsteuer ebenso wie die Mission zur Erziehung des Regers, wenn die letztere sich nach dem Grundsatz: „Vete und arbeite“ weniger mit Predigen und Gebetelesen als mit praktischem Arbeitsunterricht abgeben wollte. Emanzipire man das deutsche Urtheil von den philanthropischen Theorien anderer Nationen, so wird es gelingen, in deutschen Kolonien den Regier dienbar zu machen.“

Mit andern Worten: Die kriegerischen Stämme sollen zu Schwachhunden „erzogen“ werden, ungeachtet die Rolle übernehmen, die im zivilisierten Europa die Rattenfänger, Kufischer u. s. w. spielen, so daß die friedfertigen Regier doppelt ausgenutzt werden. Das Weib ist die natürlichste Lebensgefährtin, es kommt erst in zweiter Linie. Arbeit, frohen, das ist die Hauptsache. So lange die physische Peitsche ihre Dienste thut, ist die geistige Lüge.

Gegen diese ynnische Bloßlegung der wirklichen „Kultur“bestrebungen der Herren Kolonialpolitiker erhob sich der Pfarrer und Missionar Büttner (Worms): „Die Ausführungen des Grafen Feil haben mir das Blut erstarren gemacht! Der Regier ist sehr empfänglich für eine humane Behandlung, er ist aber sozialistisch angelehnt, sojuzagen ein geborener Sozialdemokrat; was Einer hat, muß er mit dem Andern theilen, was sollte also der feige Regier machen, der, wenn er mit dem verdienten Lohne der Europäer aus dem Hole träte, und nun von seinen kriegerischen Vätern sojuzagen und zur Theilung gezwungen würde?“

Naive Frage. Dem Regier muß eben seine „sozialdemokratische“ Denkweise, das kommunistische Gefühl, mit der Peitsche angetrieben werden. Man betrügt ihn, beschließt ihn, mahndet ihn, zwingt ihn — höchst Kultur! — eine Steuer zu erlegen, und so wird er ein feiger, unterwürfiger, gegen seine eigenen Brüder mißthätiger Lohnsklave.

— **Aus Sachsen** wird uns gemeldet, daß es der Polizei gelang, den Drucker des Flugblattes ausfindig zu machen, wegen dessen Verbrechen unserer Leipziger Genossen (siehe den Bericht in Nr. 34 unseres Blattes) im Ganzen zu 35 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde. Er soll dies Buchdruckereibüro Ludwig in Chemnitz sein, der wegen dieses Vergehens mehrere Tage in Untersuchungshaft gehalten wurde.

Eine andere Verhaftung wird aus Leipzig gemeldet, bei welcher das leidige Notizbuch ebenfalls die entscheidende Rolle spielte. Ein Schuhmacher soll in einer Restauration ein Notizbuch haben liegen lassen, dessen Inhalt Mittheilungen über das am Sonntag verbreitete Flugblatt: „Marsch! an die deutschen Truppen“ enthielt. Ob der Verbreiter ein Genosse ist, wissen wir nicht, uns wird wenigstens aus den Kreisen unserer Leipziger Genossen gemeldet, daß man dort von den Verfassern und Verbreitern jenes Flugblattes keine Kenntniß habe.

— **Wozu der „Kleine“ gut ist.** Aus dem belagerten Spremberg verläßt ein Ordnungsbüchlein, die gutgefinnte „Frankfurter Oberzeitung“:

„Das Belastungsmaterial gegen die hiesigen Sozialdemokraten mehrte sich ansehnlich fort und fort. Trotzdem seit mehreren Monaten eine beträchtliche Zahl der Führer und Agitatoren (insb. 20) sich in Untersuchungshaft befindet und außerdem gegen einige 30 Anklage erhoben ist, werden die Wählerereien fortgesetzt, so daß sich bekanntlich die Polizeibehörde genöthigt gesehen hat, den sozialistischen Parteiverein der vereinigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilbranche aufzulösen und zu verbieten. Während die Hausdurchsuchungen oft ziemlich resultatlos verlaufen, findet man auf Promenaden und freien Plätzen oder auch in Privatgärten ziemlich oft ganze Stöße vom „Sozialdemokrat“ und anderen ähnlichen Schriften. Für die im Freiberg Sozialistenprophet verurtheilten Genossen wurden Geldstrafen gesammelt.“

Fortgesetzte Wählerereien, ganze Stöße vom „Sozialdemokrat“, der früher kaum in einem Dutzend Exemplaren in Spremberg verbreitet war — man sieht, der Kleine macht sich.

Im Weiteren vergleiche unser: Spremberger Korrespondenz in heutiger Nummer.

— **Bravo!** Nachdem Herr von Richthofen auch den Arbeiterbezirksverein für den Südkosten Berlin politisch aufgelöst, hat der letzte der Berliner Arbeiterbezirksvereine, der Arbeiterbezirksverein für den Westen Berlin, sich selbst aufgelöst, unter der Motivation, daß er „keiner besonderen Gnade bedürfe.“

Wir befürworten es sonst nicht gerade, irgend eine Position freiwillig aufzugeben, in diesem Falle aber sprechen alle Gründe dafür, ein Feld freiwillig zu räumen, das man doch nicht mehr mit Ehren behaupten konnte.

— **Von Tag zu Tag brutaler.** Wir lesen in der Hamburger „Bürgerzeitung“ vom 11. September:

„Ausweisung auf Grund des Sozialistengesetzes. Vorgestern wurde ein in der Poststraße arbeitender Schuhmacher aus Sachsen plötzlich von der Arbeit weggeholt und nach dem Stadthaus transportirt. Dortselbst wurde ihm die Ausweisungsurtheil eingehändigt und er alsdann unter Bedeckung per Drohke nach dem Bahnhof geschafft, woselbst er in den um 11 Uhr 10 Minuten nach Hannover abgehenden Zug spedirt wurde. Ob die Befehlshaber an eine solche Handhabung des Sozialistengesetzes wohl gedacht haben? Wir glauben kaum.“

Wir auch nicht, wenigstens wollen wir es von der großen Mehrheit nicht annehmen. Aber verantwortlich bleiben sie für solche Brutalitäten doch, und zu Mitschuldigen erklären sie sich selbst, wenn sie nicht mit aller Energie für die Aufhebung des Schandgesetzes wirken.

— **Gegen das Chicagoer Vulturthier** werden immer mehr Stimmen laut. So hat u. a., wie man uns aus London schreibt, eine dort am 5. September in Cleveland Hall abgehaltene, von Anhängern aller Parteien besuchte Volksversammlung zwei energische Proteste gegen das Urtheil und seine Vollstreckung beschlossen.

Es handelt sich aber nicht nur darum, zu protestiren, sondern auch darum, die Mittel aufzubringen, welche es den Anwälten der Anzeigenden ermöglichen, den Prozeß in zweiter Instanz zu führen, was nach Lage der Dinge eine sehr kostspielige Sache ist. Der Prozeß ist jetzt nicht mehr eine spezielle Angelegenheit der Anwälte, er ist eine Angelegenheit von allgemeinem politischem und menschlichem Interesse, es handelt

sich um die Opfer eines von der Parteileidenschaft diktierten Lebensprinzips, um die Verhütung eines Justizmordes. Wir glauben daher im Sinne aller Genossen zu handeln, wenn wir auch unsererseits einen Beitrag zu dem Prozeßfonds leisten, und senden demgemäß, da Elle noththut, 500 Mark an Herrn Dr. Ernst Schmidt in Chicago, der die Sammlung der Gelder übernommen.

— **In Frankfurt am Main** katterte, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, am 18. September um 5 Uhr früh im Morgenand auf dem Jurettischen Hause am Hofmarkt eine rote Fahne. Auf der einen Seite stand: „Zur Erinnerung an die am 18. September 1848 gefallenen Freiheitskämpfer“, auf der anderen: „Doch lebe die Sozialdemokratie! 1886.“ Recht so.

— **Immer auf dem Platze.** Bei der am 15. September statt gehaltenen Wahl zum rheinischen Landtage erhielten unsere Genossen in der Stadt Gera im ersten Wahlkreise 91 Stimmen (gegen 338, die auf den Reichsmaschandenkandidaten fielen), im zweiten 123 Stimmen (gegen 150 nationalliberale und 132 deutsch-freistimmige) und im dritten 125 Stimmen (gegen 177 deutsch-freistimmige und 61 nationalliberale). Demnach kommt in letzterem Wahlkreise der Kandidat unserer Partei, Restaurateur Hahn, mit dem Kandidaten der Deutsch-freistimmigen in Stichwahl. Ist auch ein Sieg nicht gerade wahrscheinlich, so bezeugen die Zahlen insgesamt doch eine lebhafteste Thätigkeit der Geraer Genossen, von der wir mit Vergnügen Notiz nehmen.

— **Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun,** hatte der Richter Richard Müller aus Merane ausgerufen, als im Mai dieses Jahres die Polizei in Gera eine Versammlung auflöste, in der er gesprochen. Dafür verurtheilte ihn das Landgericht Gera zu sechs Wochen Gefängnis. Moral: Vergib ihnen nicht, denn sie wissen, was sie thun.

— **Nichtigkeitsung.** In Nr. 37 unseres Blattes charakterisirten wir eine, die Abstammung des Bulgarenfürsten von dem polnischen Jungensanten Borsal-Haule behandelnde Notiz der „Eisfelder Zeitung“, die wir der Berliner „Volkszeitung“ entnahmen, als „nichtwürdige Denunziation“. Von Eisfelder Lesern unseres Blattes geht uns nun die Nr. 237 der genannten Zeitung, in deren Beilagen die betr. Notiz gestanden, mit dem Ersuchen zu, uns zu überzeugen, daß dieselbe im Zusammenhang keineswegs den denunziatorischen Sinn habe, den wir in ihr gesehen.

Wir haben noch nie Anstand genommen, ein selbst dem entschiedensten Gegner zugeständenes Unrecht, sobald wir uns von dem Vorhandensein eines solchen überzeugt, offen einzusetzen, und geben daher auch den Insidern wenigstens das Eine unbedenklich zu, daß die Notiz der Eisfelder Zeitung im Zusammenhang einen weniger gefälligen Charakter trägt, als das isolirte Zitat uns annehmen ließ. Nichts desto weniger bleibt die Betonung der polnischen Abstammung Alexander's von Battenberg, gerade mit dem Hinweis auf die „Biolohtrastie“ (Voreingenommenheit) Büttner's gegen Alles, was mit Polen in Verbindung steht, in unseren Augen ein Akt charakterloser Bedeutendlosigkeit. Denn in jenem Moment konnte sie nur den Zweck haben, die inzwischen erfolgte feige Preisgabe des Battenbergers zu beschönigen.

— **Schweiz.** Auf dem letzten Centralrat des Schweizerischen Gräulidereins wurde bekanntlich die Gründung einer allgemeinen schweizerischen Streikkasse beschlossen. Nachdem über diese wichtige Frage mehrere Konferenzen zwischen dem Centralrat und dem Komitee des Schweizerischen Arbeiterbundes stattgefunden, unterbreiten diese nunmehr einen gemeinsam ausgearbeiteten Statutenentwurf der öffentlichen Diskussion und späteren Abstimmung. Danach soll unter dem Titel: „Allgemeine Schweizerische Streikkasse-Reservekasse“ eine unter der Leitung eines aus den drei Verbänden kombinierten Komitees stehende Genossenschaft gegründet werden, deren Zweck in dem Statutenentwurf folgendermaßen formulirt ist:

„Der Zweck des Institutes ist, bei drohenden Arbeits einstellen und bedeutenden Anständen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern eine genaue Unterstüzung der Verhältnisse anzuordnen, Vergleiche mit den Arbeitgebern oder schiedsgerichtliche Austragung der Differenzen anzustreben und nach Verlegung aller andern Mittel bei geeigneter Sachlage eine Arbeits einstellen zu genehmigen und die Beteiligten subsidiär aus einer Reserve und durch öffentliche Sammlungen zu unterstützen.“

Die Reservekasse hat die spezielle Aufgabe, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter nach Kräften zu fördern.“

Die Statuten im Einzelnen aufzuführen, fehlt uns der Raum; nur soviel sei bemerkt, daß möglichst Bedacht genommen wurde, bei den einzelnen Verbänden Lasten und Rechte im Einklang zu bringen und eine Zentralinstanz zu schaffen, die bei eintretenden Lohnkonflikten als Vertreterin der gesamten organisierten Arbeiterchaft schnell und wirksam eingreifen im Stande ist. Die Vollmachten der Zentralkommission sind demgemäß sehr weitgehend, wogegen sich wohl schwerlich grundsätzlicher Widerspruch erheben wird, im Einzelnen wird sich vielleicht hier und da noch bessern lassen.

Wir halten den Gedanken dieser Genossenschaft, angesichts der eigentümlichen Verhältnisse in der Schweiz, für einen sehr fruchtbareren.

Sozialistische Presse und Literatur.

— **„Die Marier in Nordamerika, eine Warnung vor kommunistischen Kolonialgründungen“** — dies ist der Titel einer kleinen, sehr lesenswerthen Broschüre, welche unsern Genossen Ad. Hesper zum Verfasser hat, und die zum Preise von 35 Pfg. (40 Cts.) durch die Volksbuchhandlung in Döttingen-Büchli zu beziehen ist. Der Verfasser gibt darin einen gedrängten Abriss der Schicksale der von den Anhängern Etienne Cabet's in Amerika gegründeten Kolonien, in denen das vom Verfasser der „Reise nach Marier“ geschilderte Ideal möglichst verwirklicht werden sollte, und von denen noch heute Reste bestehen.

Hesper kommt am Schluß seiner Schrift zu folgendem Ergebnis:

Für sozialistische Kooperativ-Genossenschaften und für kommunistische Kolonien — für keine von beiden ist in der bürgerlichen Gesellschaft Platz; sie müssen naturgemäß der Uebermacht der kapitalistischen Umgebung erliegen, auch ohne daß sie gerade böswilliger Weise angefeindet werden. Jedes neue Experiment nach den zahllosen bereits schiefgeschlagenen wäre nur unnütze Geld- und Zeiterwässerung und würde lediglich die Anhänger entmuthigen und juristisch fesseln. Denn der Kommunismus in der Aufzucht, wie die kleinen Cabet'schen Organisationen, bietet selbst in dem Falle, wo er nicht mit Roth und Glend verknüpft ist, ein recht trostloses Bild, weil er innerlich seines engbegrenzten Raumes dem Individuum keinen großen Spielraum läßt. Das ist das Schicksal solcher Unternehmungen nach der agitatoren Seite hin. Für den Kommunismus, wie ihn Rawoo repräsentiren, wird sich kein denkender Kommunismus, geschweige denn ein Gegner der Theorie besorgen können.

Jeder Mensch von Intelligenz würde, wenn er die Wahl hätte, in Rawoo dreimal täglich Fleisch zu bekommen und dabei zu verbauern, oder in Newyork einmal täglich ordentlich zu essen, — doch ohne Bedenken Letzteres vorziehen. Der Kommunismus bezweckt nicht, einen Zustand zu schaffen, in dem man nur für's liebe Brod arbeitet, sondern im Gegentheil eine Lage, welche die Arbeit nicht als Last erscheinen läßt, dem Individuum Zeit und Mittel gewährt, seine Anlagen zu behaupten und zu entwickeln.

Eine kleine Organisation kann dies nie und nimmer erzielen. Da ist jeder Einzelne der Sklave der Gemeinde, eingezogen in die Fesseln, die sie bei ihrem Eintritt in die Welt begleiten, eine Maschine, die nur zu den einfachsten Verrichtungen gebraucht wird; zur Behauptung von Intelligenz fehlt es da an Raum und Gelegenheit. Eine kommunistische Gesellschaft, welche Bestand haben will, darf keinen liberalistischen Charakter haben, wie die bisherigen kommunistischen Kolonien; eine zukünftige Gesellschaft, die die Massen für sich begeistern soll, muß, wenn dieselbe organisiert und thätig ist, im Gegentheil den Verkehr der Menschen unter einander erleichtern.

Das schließt ein, daß zur Vermeidung der Monotonie und Langeweile ein kleiner Privatbesitz in den Händen des Einzelnen nicht verboten sein darf. Zweck des Kommunismus ist es nicht, Alle gleich so zu unio-

miren, wie Sträflinge und Soldaten, sondern lediglich den Bauerismus abzuschaffen und das Ueberwachen des Einzelnen zu verhindern.

Ob ein Rotertrübs-Kommunismus, wie ihn die früheren Theoretiker und die modernen Gegner ausmalen, möglich ist, kann Niemand mit Gewissheit behaupten oder verneinen, da derartige Veruche im Großen außerhalb der Kasernen und Zuchthäuser wohl noch nirgends angestellt worden sind. Aber bei dem inständigen, erblichen Hass, den alle Anhänger der kommenden Gesellschaft gegen jene Institute bekunden, ist es nicht anzunehmen, daß sie je den Wunsch haben werden, die Menschen nach jener Schablone zu trainieren. Es wäre geisttödtend langsam in der kommenden Gesellschaft, wenn Alles gleichgemacht werden sollte, und damit würde die Gesellschaft selbst dem Verfall preisgegeben. Sauerlich werden die Menschen solche Theorien sein, die „Gleichheit“ in so barockem Sinne aufzufassen.

„Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ — alle drei Begriffe sind eum grano salis (mit einem Körnchen Salz, d. h. nicht buchstäblich) aufzufassen.

Die Freiheit wird nie eine absolute sein können, sondern immer eine bedingte; die Einzelne wird einen Theil seiner Freiheit an die Gesamtheit als Tribut zu zahlen haben, besonders in der Uebergangs- und Entwicklungsperiode, in welcher — wie oben gesagt wurde — die Diktatur herrschen muß.

Und so wird auch die Gleichheit keine völlig abgerundete sein können, sondern hauptsächlich darin bestehen, daß das Unmaß von Ungleichheit, wie es heute existirt, beseitigt und eine Art von Rehnlichkeit hergestellt ist.

Ganz dasselbe gilt von der Brüderlichkeit. Unter diesem Begriffe ist nicht zu verstehen, daß das herzlichere Gefühl, welches wir den uns Nächsten entgegentragen, sich über die Bewohner des ganzen Erdballs ausbreiten ließe, sondern daß die dann anerkannte Gemeinsamkeit der Interessen der Menschen die dem heutigen unnatürlichen Konkurrenzkampf entspringenden unheimlichen Gefühle des Neides und Hasses verschwächen oder mindestens abschwächen, also viel unnötige Feindschaft eriparen wird, sowohl zwischen den Einzelnen wie zwischen ganzen Nationen.

Ker — man gebe sich nur nicht der Hoffnung hin, daß es so leicht sein werde, während der Lebensdauer der Gründergeneration des kommunistischen Gemeinwesens dasselbe zu befestigen. Erst wenn die Gründer-Generation ausgestorben und ein neues, im und für den Kommunismus erzogenes Geschlecht herangewachsen sein wird, erst dann wird man sagen können, daß die Sache Bestand hat, und erst dann kann die Diktatur abgeschafft werden, um der „Freiheit“ Platz zu machen.

So Hegner.
Auch wer seinen etwas pessimistischen Standpunkt nicht theilt, wird, wie wir bereits hervorgehoben, das interessante Schriftchen mit Frucht lesen.

„Südlicher Arbeiterfreund“, Organ für die Interessen des Arbeiter- und Handwerkerstandes von Basel und Umgebung. Dies der Titel eines neuen, von den organisierten Arbeitern Basels gegründeten Wochenblattes, das in bescheidenem Gewande die Interessen der Arbeiterklasse mit Energie vertritt. Wir begrüßen den neuen Mitstreiter aufs Wärmste.

Berichtigung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
In Nr. 34 des Parteiorgans theilten Sie den Inhalt des in Leipzig verbreiteten Flugblattes mit, auf Grund dessen 16 Genossen zu je zwei Monaten Gefängnis verurtheilt wurden.
Dasselbe enthält nun eine kleine Unrichtigkeit, die ich im Interesse der Wahrheit richtigstellen bitte.
Der im Jahr 1881 aus Berlin und jetzt aus Leipzig ausgewiesene Tischler Richard Köppe ist in Berlin nicht angeklagt gewesen, sondern wurde erst nach seiner Freilassung in Berlin angeklagt und zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt.
Deutschland, im September 1886
Ein Berliner Ausgewiesener.

Korrespondenzen.

Biel. (Staatsretterliches) Nachdem in letzter Zeit mehrere Genossen mit Hausdurchsuchungen bedacht worden, hat der Reihe nach die Polizei auch bei fast allen Fachvereins-Vorsitzenden gehaust und jetzt hat sie in voriger Woche sogar sämtliche hiesigen Tapezierer mit einer solchen bedacht. Der Jang war indes überall gleich Null. Bei einem Arbeiter, der sich gerade auf einer Besuchsreise befand, wurden Türen und sämtliche Behälter durch die Eobliche gemaltzamt geöffnet, verschiedene Andere wurden mit zwei Mann Polizeibedeckung von ihren Werkstätten abgeholt und zum Theil auch körperlich durchsucht.
Und doch der Liebe, oder richtiger der Gemeinheit Müß umsonst!

Spremberg. Auf Grund der gemeingefährlichen Bestrebungen des Sozialistengesetzes ist am 10. ds. Mts. der Schlosser Ernst Breil von hier ausgewiesen worden. Breil hatte fünf Jahre hier in einer Fabrik gearbeitet und zwar zur größten Zufriedenheit seines Chefs, war aber wegen seiner Gesinnung und als Vertheiliger des Arbeiterrechts, auf Betreiben des hiesigen Bürgermeisters und der sogenannten besseren Gesellschaft hin aus der Arbeit gedrückt worden, um auf diese Art genöthigt zu sein, Spremberg zu verlassen. Breil hat der Bande nun diesen Gefallen nicht, sondern gründete ein Brennmaterialwaarengeschäft und näherte sich rechtlich. Aber Spremberg war in Gefahr, und er mußte daher sein Geschäft im Stich lassen.
Nachdem Breil seine Zustellung, binnen 48 Stunden das bezagerte Gebiet zu verlassen, in der Tasche hatte, trat sofort die ganze Polizeipolizei in Aktion. Lokale, wo Arbeiter verkehren, wurden am selbigen Abend drei und vier Mal durchsucht, denn die Staatsretter meinen, jetzt werde sicher noch eine Versammlung stattfinden, und das sollte und mußte auf jeden Fall verhindert werden. Und das gelang ihnen auch. Aber fragt mich nur nicht, wie!

Sonnabend Nachmittag 6 Uhr war die Zeit um, und die Arbeiter, welche um diese Zeit noch sämtlich schlafen mußten, hätten ihren Kameraden dabei nicht begleiten können. Während daher am Freitag Abend die 10 Staatsretter Lokale und Stadt durchsuchten, drachten wir den Genossen Breil zur Bahn. Ueber 300 Genossen gaben ihm das Geleit. Breil bestieg das Koupee und sprach seine Abschiedsworte. Unter bengalischer Beleuchtung und Gesang des Verses: „Drum auf, Gefinnungs-kameraden, bekräftigt heut aufs Neu' den Bund“ u. verließ der Zug Spremberg, und unsere Polizei und Gendarmen — suchten noch immer nach der Versammlung in der Stadt und belästigten die armen Bierwirthe.
Der Rückweg wurde, nachdem die Stamener Genossen sich von uns verabschiedet, im Schritt durch die Stadt gemacht! Erst jetzt kamen die Kubrick und Konfanten dahinter, wie du mm sie sind.
Wir brauchen keine Polizei, wir werden uns stets selbst regieren.

Machen, 9. September. Am vorigen Sonntag sprach hier in einer gut besuchten Volksversammlung Genosse Schönkant über den Reichstag und die Sozialreform. Die Versammlung fand statt im früheren Vereinssaal der „Christlich-sozialen Partei“, dem „Paulus-Haus“. Kaplan Gronenberg, der Gründer dieser Partei, der inzwischen zum notorischen Säufer herabgesunken ist, hatte mit seinen Anhängern es sich gewiß nicht träumen lassen, daß an dieser Stelle eine Sozialdemokraten Tagung würden. In der That, wenn man nicht die von den frommen Herren genaschützten Arbeiter, die bei dem Zusammenbruch der „Baugesellschaft“ ihre hart erarbeiteten Sparsparnisse einbüßten, auf das Tiefste bedauern müßte, könnte man sich einer gewissen Schadenfreude nicht erwehren — doch nichts davon! Dessen wir vielmehr, daß sich das Groß der hiesigen Arbeiter belehren läßt, daß die Sozialdemo-

kratie die einzig wahre Arbeiterpartei ist, alle anderen Parteien aber zur großen „reaktionären Masse“ gehören.

Die Herren vom Zentrum haben diese Situation denn auch vollständig begriffen und wissen ganz genau, daß ihre politische Macht nur von dem Befolgen der Arbeiter abhängt. Darum hat das große soziale Licht, Herr Kaplan Hise, als einzige Rettung vor den Sozialdemokraten die Sammlung der Arbeiter in katholischen Arbeitervereinen der Breslauer Katholikerversammlung ans Herz gelegt.

Fast zu gleicher Zeit, als diese verschämte Gottesfrevler in Breslau obige Parole ausgab, tagte hier die schon erwähnte Versammlung. In 7/8stündigem, höchst interessantem, von rauschendem Beifall unterbrochenem Vortrage sprach Genosse Schönkant nicht nur über die Tagesordnung, sondern auch mit großem Verständnisse über die hiesigen Arbeiterverhältnisse und beleuchtete das innere Wesen des Zentrums als Bourgeoispartei so ausgezeichnet, daß im Gegensatz zu dem Breslauer Schwindel folgende Resolution einstimmig Annahme fand:

In Erwägung,
daß das Zentrum eine in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht durchaus reaktionäre Partei ist;

ferner, da das Zentrum keine reaktionäre Natur dadurch schon bekräftigt hat, daß ein großer Theil seiner Mitglieder für die Verlängerung des Sozialistengesetzes, also für die Knebelung der Arbeiterpartei gestimmt hat;

weil ferner die Devisen: „Für Wahrheit und Recht“ in dem Munde des Zentrums die reine Phrase ist, da dasselbe für diese schönen Ziele nur eintritt, wenn es selbst dabei nicht zu Schaden kommt, während die Arbeitervertreter für die Aufhebung des Extraditionsgesetzes gestimmt haben,

so erklärt die heutige Versammlung gerade das Zentrum für den größten Feind der Bestrebungen der Arbeiter und fordert deshalb die letzteren auf, bei der nächsten Reichstagswahl nur dem Kandidaten der Arbeiterpartei ihre Stimme zu geben, um diese Faktion so zu stärken, daß eine wahrhafte Sozialreform ins Leben gerufen werden kann.

Das war die richtige Antwort auf die heuchlerische Parole der Pfaffen, die die Arbeiter nur um sich „sammeln“ wollen, um sie in alle Zukunft in Gemüthruhe ausbeuten zu können.

Wohlan, ihr Herren, ihr habt die Situation begriffen, wir aber auch. „Sammeln“ nun fleißig, wir werden eure Erben sein!

F. Aus München wird uns geschrieben: Die „gewappelten“ Zeitungsschreiber sind also glücklich demontirt und soll Jar-Röthen dieser Wertwürdigkeit nicht theilhaftig werden. Ob man „an maßgebender Stelle“ nachträglich sich eines Bessern besonnen oder ob ein Mißverständniß vorlag, bleibt dahingestellt. Jedenfalls war hier die Auffassung eine solche, wie ich sie berichtete. Zum Beweis darf ich ein hiesiges Blatt bei, welches ebenfalls von den Polizeistrafen für Journalisten spricht. Uebrigens ist der „Preß-Ausschuß“ ein todgeborenes Kind, da die hiesigen Redaktionen nichts davon wissen wollen. Als Beleg hierfür dienen verschiedene Aeußerungen hiesiger Blätter, wie aus einem zweiten Blatt hervorgeht, das ich Ihnen ebenfalls sende. Damit ist die Sache wohl erledigt, also Schwamm drüber!

Ein weit wichtigeres Ereigniß war der Brand des Zuchthauses in der Au, einer Vorstadt Münchens. Es war Sonntag den 5. September; ein schöner Tag, und die Biertrinker unserer Jar-Metropole operieren dem Gambinus auf allen Kellern ungezügelt „Kaffee“. Ein panischer Schrecken bemächtigte sich aller Gemüther, als plötzlich in später Abendstunde der Ruf: „Das Zuchthaus brennt!“ die bezagelte Ruhe unserer Bourgeois störte. Man denke, ein Zuchthaus — die ultima ratio moderner Staatsweisheit, die Krone aller „Sozialreform“, und brennen! Hierbei war's mit dem Geschmack am Bier, und alles drängte entweder zur Brandstelle oder heim zum Geldschrank — denn wer weiß, was geschehen kann? Schauerliche Gerüchte verbreiteten sich. Man sprach bereits davon, daß hundert — also ein Schatz — der Gefangenen ausgebrochen seien und sich zu neuen Verbrechen in die Stadt begeben hätten. Dazu kam noch, daß jetzt gerade die Wandzeit ist, und die Stadtkommandantur nur über eine kleine Besatzung verfügt. Die Bourgeois hatten eine schlimme Nacht. Am nächsten Tag klärte sich die Situation: dem Gebäude war wohl beträchtlicher Schaden erwachsen, aber von den Gefangenen war keiner entwichen, sie wurden sogar wegen ihres „guten Verhaltens“ im Polizeibericht belobt. Den Gipfel der Befriedigung erreichten aber die edlen Bourgeois-Seelen erst, als Nachmittags ihr Leibblatt, die „Neuesten Nachrichten“ erschienen. Die Herausgeber dieses Annoncenblattes hatten mit den andern „Gefinnungen“ alle Schreden durchlebt, welche ein Zuchthausbrand in solchen Seelen hervorruft. Verständnißvoll schrieben sie denn auch am Schluß ihres Berichts über den Brand: „... daß auch während der Zeit der Wandzeit der Truppen immer noch so viel Mannschaften hier anwesend sind, um nicht nur eine derartige Emute niederzudrücken, sondern auch die Ordnung in der ganzen Stadt unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.“ Ja die „Neuesten“, das ist a Blatt! Vergnüglich spricht's der Bourgeois, und am nächsten Abend trinkt er noch eine „Extra-Port“ auf des Wohl seines Leibblattes, das seinem erregten Gemüthe so wohnlichen Trostbalsam träufeln ließ. Es leben die Zuchthäuser, die Ordnung und die Armee!

Paris. Obwohl die Geschäftskrisis fortwährend einen unangünstigen Einfluß auf das Vereinsleben ausübt, war die diesjährige Lassaletfeier des „Deutschen Vereines“, die in der Salle du Siedo stattfand, außerordentlich zahlreich besucht. Der vortrefflich geleitete sozialistische Sängerkorps eröffnete das Fest mit dem Vortrag einiger, dem Zweck der Feiert entsprechenden Lieder.

Genosse L. Pircher feierte in seiner mit Beifall aufgenommenen Rede Lassalet als Bahnbrecher des Sozialismus in Deutschland und als Organisator der deutschen Arbeiterpartei. Die Arbeiter dürften nie vergessen, daß Lassalet in einer Zeit, wo die Massen noch apathisch waren oder den Trost der Bourgeoisie bildeten, allein, ohne Journale, den Kampf aufgenommen habe. In diesem Kampfe sei Lassalet untergegangen; die Genfer Tragödie sei nur äußerer Anlaß zu der Katastrophe gewesen.

Nach Pircher ergriff der französische Genosse Rollin das Wort. Er berichtete u. A. über die Eindrücke, die er als Delegirter der sozialistischen Gewerksvereine Frankreichs in England gewonnen; er protestirte gegen den Chauvinismus und betonte die Nothwendigkeit eines Zusammengehens der sozialistischen Parteien.

Der englische Sozialist Burns sprach hierauf in begeisterten Worten von den deutschen Sozialisten; Dank ihrer Ausdauer und Ueberzeugung seien sie zu Bahnlämpfern für den Sozialismus geworden. Die Auszüge aus den Schriften von Lassalet und Marx seien das Beste, was man den englischen Arbeitern als Lektüre bieten könne.

Von Genosse Smith wurde viele Rede ins Französische übersetzt; sämtliche Redner ward lebhafter Beifall gezollt.
Nachdem die Musik die Marzchallise gespielt hatte, schloß die offizielle Feiert, worauf in bester Harmonie bis zum frühen Morgen getanzt und gesungen wurde.

Mit sozialdemokratischem Grusse!

Die Pariser Genossen.

London. Anlässlich der Anwesenheit der französischen Arbeiter-Delegirten in London*) sah sich der hier erscheinende „Courier de Londres“ veranlaßt, unsere französischen Genossen dafür abzulammeln, daß sie hiesige englische und deutsche sozialistische Vereine besuchten, und ganz besonders richtete sich der gefällige Angriff gegen die dem kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Berein wiederholt abgestatteten Besuche. Das Organ der französischen Bourgeois machte es den Delegirten zum besonderen Vorwurf, daß sie als Franzosen so schnell die Thaten der Deutschen von 1870/71 vergessen hätten und jetzt diesen Deutschen die Hände drückten.

Es ist nun an sich schon abgeschmackt, Arbeiter für die Thaten und Verbrechen der herrschenden Klassen verantwortlich zu machen, so erscheint ein solcher Vorwurf um so nichtswürdiger und gemeiner, wenn er gegen sozialistische Arbeiter gerichtet wird, da es doch allgemein bekannt ist, daß diese allein es waren, welche in beiden Ländern vor Beginn des Krieges gegen den Massenmord unter Hinweis auf dessen verderbliche Folgen protestirten, während die bestehenden Klassen und deren Schrei-

*) Dieselben waren von ihren Gewerkschaften zum Besuch verschiedener, in England zur Zeit stattfindenden Ausstellungen delegirt.
Red. des „S.D.“

frechte den Nationalhass schürten, zum Kriegs drängten und sich dadurch zu Mitschuldigen an diesem Gemetzel gemacht haben.

Diese Thaten sind bei dieser Gelegenheit wieder in Erinnerung zu bringen, erscheint uns im gegenwärtigen Moment um so mehr geboten, als gerade jetzt die Preßorgane der herrschenden Klassen wieder stark im Nordpatriotismus stehen, um die Volk's zu neuem Gemetzel zu präpariren und so die wackeligen Sitze der Tyrannen und Ausbeuter wieder etwas zu befestigen. Dem gegenüber ist es gerade ein desto erfreulicherer Zeichen, wenn die Arbeiter der verschiedenen Nationen keine Gelegenheit vorübergehen lassen, sich gegenseitig brüderlich die Hände zu drücken und ihre Ideen auszutauschen. Das Gefühl der brüderlichen Zusammengehörigkeit hat denn auch bei einem hier stattgehabten Kommerz zu E. der französischen Genossen vollen Ausdruck gefunden. Alle Redner der verschiedenen vertretenen Nationen betonten den Internationalismus des Proletariats und die Nothwendigkeit gemeinsamer Handlung, und gaben dem Gedanken Ausdruck, daß die Arbeiter nicht mehr die Waffen im Dienste der Tyrannen und Ausbeuter gegen ihre andern redenden Brüder anwenden dürfen, sondern vielmehr gemeinschaftlich dieselben gegen Tyrannen, Ausbeuter und deren Verfechter richten müßten. Rogen unsere gemeinschaftlichen Feinde durch den Mund ihrer bezahlten Schreiber darob setzen und wüthen — was uns große Freude bereitet — uns ist es eine Pflicht für die Richtigkeit unserer Ideen und ein ermutigendes Zeichen des Sieges in dem Kampfe des Proletariats gegen seine Unterdrücker.
Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!

J. A. der Sekretär des Komm. Arb.-Bild.-Vereins.

Aufforderung.

An alle Genossen und Geschäftsfreunde, welche vor dem 7. Juli d. J. mit mir in geschäftlicher Verbindung standen, und von welchen, wie ich in Erfahrung gebracht, Briefe und Sendungen an meine Adresse abgegangen, jedoch mir oder meiner Frau nicht ausgeliefert worden sind, richte ich das Ersuchen, ihre Reklamationen in aller Kürze an den Reichstagsabgeordneten Wilhelm Stolle in Geseu bei Glauchau richten zu wollen, damit ich in den Stand gesetzt werde, meinen Verpflichtungen nachzukommen, resp. diverse Briefe beantworten zu können. Da ich wegen dieses Sachverhalts Bescheid beim Reichspostminister einreichen werde, so ersuche ich nochmals, sich an genannte Adresse wenden zu wollen, damit ich angeben kann, unter welcher Adresse ich Briefe empfangen kann.

Mit Gruß!

Franz Judschwert.

Zur Beachtung.

Ronsdorf hat Nr. 35 — zu Unterstützungszwecken gesammelt und herausgibt, was auf Wunsch hiermit kundgegeben wird.

Briefkasten.

der Redaktion: Einbindungen u. sind eingetroffen aus Breslau, Celle, Großenhain, Leipzig, Land, Wien („Vorstadt-Bl.“). — Wiener, New York: In nächster Nummer. — G. in Ragdeburg: Das Gedicht „Zum Todestage Ferdin. Lassalle's“ entwickelt recht hübsche Gedanken, leidet aber an großen Mängeln im Bezug auf die Form und Sprache, welche es zum Abdruck ungeeignet erscheinen lassen.

der Expedition: Kapl. K.: Nr. 3360 A Cto. K. u. erf. Abg. gedr. Erst erwart. — G. S. 2.: Nr. 7 — Ab. 4. Du. u. Schf. Nr. 10 — f. die Opfer des Freiberger Justizmordes dtd. verm. — Gehr. H. Magd. St. Louis: (30 Doll.) Fr. 151 80 A Cto. K. u. erf. — G. S. D.: Nr. 440 Ab. 4. Du. erf. — a. b. Eder: Nr. 50 — A Cto. K. u. erf. — H. Weileres: — Feuerblume: Nr. 100 — A Cto. K. u. Schf. 3. Du. u. 1. Dir. 4. Du. erf. — H. Weileres: — R. Weileres: Nr. 2 — Ab. 4. Du. erf. — R. Weileres: 70 Cts. f. Schf. erf. — J. H. G. G.: Fr. 225 f. dtd. S. D. erf. — G. M. Thalweil: Fr. 230 Ab. bis Ende 86 erf. — H. J. Schaffhausen: Fr. 35 — A Cto. K. u. erf. — Für Freiheit und Wahrheit: Nr. 100 — pr. Dpt. B. G. dtd. erf. nach Postscript gedr. — B. I. VI.: Nr. 700 — A Cto. K. u. erf. — Appolos: War theilweise schon berichtet. Weiteres dtd. denüht. — Rothbart: H. v. 17. u. erf., nur Nr. 94 — A Cto. gutgebr., da Nr. 6 — Frucht f. Weileres, also hinüberzunehmen waren. H. Weileres bringt binglich erwünscht. — P. G. H. 2. Nr. 68 — f. Weileres, u. erf. — Kandidat: Nr. 50 — A Cto. K. u. erf. — Alles unterwegs. — Rotter Oberheffe: Nr. 28 48 A Cto. K. u. erf. — H. Weileres: — Beelebud: Nr. 605 Ab. 4. Du. und Schf. erf. — Postmühle G.: Und wenn der Teufel höflich wird, so laß dich nicht genieren, denn kommt er nicht auf zweien fort, so hüßst er auf allen Bieren. — H. D. Paris: Fr. 750 Ab. 4. Du. erf. Weiteres vorgemerkt. — Jakob D.: Nr. 5 — Ab. 4. Du. erf. — K. R. H. D.: Nr. 440 Ab. 3. Du. u. 4. Cto. erf. — J. F. Paris: Kandidat erwünscht. Dank im Voraus. — Th. Dtr. Luzern: Fr. 4 — Ab. 3. u. 4. Du. S. D. u. Fr. 125 Ab. 3. Du. „Red.“ erf. — G. B. Dgg.: Nr. 3 — Ab. 4. Du. erf. — J. R. W. D.: Nr. 430 Ab. 4. Du. erf.

Anzeigen.

Zürich Samstag, den 25. Septbr., Abends 8 1/2 Uhr, im Cafe Rutter (früher „Weißes Röhl“) an der Schiff- lande, 1. Stod:

Deutscher
Versammlung der deutschen Sozialisten.
Tagungsordnung:
Ueberbevölkerung und Sozialismus.
Referent: Hgr. Lauffer.
Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein
Der Lokalauschuß.
Jedermann hat Zutritt.

Zentralniederlage sozialistischer Schriften in Amerika
(Zentrale der Volksbuchhandlung)
empfeht sich den Genossen in den Vereinigten Staaten zum Bezug aller sozialistischen Literatur.
Es wird zu denselben Bedingungen geliefert wie von der Schweiz aus.
Man schreibe für Kataloge an:
A. Höhne, New-York, 184 William Street
care of „New-York Volkszeitung“

Sozialistische Gewerkschafts-Vereinigung in England.